



Der Jugendgemeinderat hatte seine konstituierende Sitzung vor drei Monaten. Vorsitzender Dominik Drengner sieht die Gremienarbeit gut aufgestellt und freut sich drüber, dass man in VS hier weiter ist als andernorts. Foto: Daniela Schneider

Jugendgemeinderat: VS ist in vielerlei Hinsicht schon weiter als andere

Beteiligung Die aktuellen Forderungen des Dachverbands sind hier bereits größtenteils umgesetzt. Lediglich in den Schulen könnten mit Blick auf die Wahlen noch mehr getan werden, meint der Vorsitzende. Von Daniela Schneider

Der Dachverband der Jugendgemeinderäte in Baden-Württemberg fordert mit Blick auf die Kommunalwahlen eine Stärkung seiner Gremienarbeit und eine besserer Ausstattung mit Ressourcen.

Wie sieht der VS-Jugendgemeinderat das? Teilen die jungen Leute hier vor Ort die Forderungen ihres Dachverbands? Die Antwort lautet: im Prinzip und generell ja. Allerdings gilt, dass hier vor Ort davon bereits Vieles umgesetzt ist.

Vorreiter bei Jugendbeteiligung Konkret will der Vorstand des Verbands erreichen, dass jeder Jugendgemeinderat eine halbe Verwaltungsstelle zur Unterstützung der Arbeit erhält. Dominik Drengner, der Vorsitzende des VS-Jugendgemeinderats, sagt dazu auf Nachfrage der NECKARQUELLE: „Die Forderungen sind durchaus berechtigt. Eine Verwaltungsstelle für Jugendgemeinderäte ergibt Sinn, da Jugendliche selten Erfahrung

mit kommunalen Verwaltungsprozessen haben. Für die meisten Jugendlichen, wäre das dann eine große Abschreckung, würde ihnen keine Hilfe seitens der Stadt zukommen. In Villingen-Schwenningen jedoch wird uns diese Last fast komplett von der Jugendbeteiligung der Stadtverwaltung abgenommen.“

„Wir wünschen auch anderen Jugendgemeinderäten diese Veränderungen.“

Dominik Drengner, Vorsitzender des Jugendgemeinderats von Villingen-Schwenningen

„Die Stadt VS hat eigens eine Fachstelle für Kinder- und Jugendbeteiligung eingerichtet. Deren Leiterin Nadine Schumacher ist sowohl Ansprechpartnerin für die Jugendlichen als auch wichtiges Bindeglied zur Verwaltung und weiteren Stellen. Eine weitere Forderung des Dachverbands ist die

Einführung einer festgeschriebenen Pauschale für Jugendbeteiligungsprojekte in einer Kommune; die Pauschale soll sich nach Meinung des Verbands am Haushaltsvolumen einer Gemeinde orientieren. Das Budget würde die Arbeit entscheidend erleichtern und vom Jugendgemeinderat selbstverantwortlich verwaltet werden.

Man sehe die Kommunen in der Pflicht, eine angemessene Pauschale in den Haushalt aufzunehmen und somit zu beziffern, „wie viel ihnen die Jugendbeteiligung vor Ort tatsächlich wert ist“.

Dominik Drengner kann da aus VS-Sicht nur zustimmen: Durch eine festgeschriebene Pauschale werde ein Jugendgemeinderat unabhängiger gegenüber den Entscheidungen der jeweiligen Stadt. So könne man auch Projekte stemmen, für die die Stadt keine Gelder bereitstellen möchte. „Zu unserem Glück ist Villingen-Schwenningen auch hier weit genug und stellt dem Jugendgemeinderat eine jährliche

Pauschale zur Verfügung, über die wir selbst verfügen können“, fasst Dominik Drengner zusammen, dass die Forderungen auch in diesem Bereich in VS schon umgesetzt ist.

Wahlalter 14 gibt es auch schon Gefordert wird außerdem, das Wahlalter für Jugendgemeinderäte von 16 auf 14 Jahre abzusenken. Und auch hier hat die Doppelstadt die Nase bereits vorn: „Hier ist unsere Heimatstadt Villingen-Schwenningen den Forderungen zuvorgekommen, da Jugendliche hier schon mit 14 Jahren das aktive und passive Wahlrecht besitzen“, freut sich der Vorsitzende des jungen Gremiums. Das sei auch sinnvoll, da Jugendliche mit 14 schon das Engagement und genug Wissen besäßen, sich aktiv am öffentlichen Leben zu beteiligen, findet er.

So könne man Menschen schon von Jung auf zeigen, dass sie etwas in der Gesellschaft verändern können, wenn sie aktiv daran teilnehmen. Gleichzeitig könnte noch mehr getan werden,

meint Dominik Drengner: „Wir empfinden heutzutage oft Politikverdrossenheit und fehlendes Verständnis dafür, dass wir alle in einer Demokratie leben und diese aktiv verändern können. Das könnte man vielleicht verändern, indem man sich auch in schulischen Lehrplänen mehr auf die Kommunal- und Landtagswahlen fokussiert, da man in diesen eher Veränderungen im eigenen Leben trifft als auf Bundesebene.“

Dieses Anliegen, Informationen zu Kommunal- und Landeswahlen in die Bildungspläne aufzunehmen, hat auch der Dachverband geäußert.

Der Verband stelle durchaus sinnvolle Forderungen, meint Vorsitzender Drengner. „Wir wünschen auch anderen Jugendgemeinderäten diese Veränderungen, da erst durch eine funktionierende Zusammenarbeit mit der Stadt Projekte wie der neue Skatepark oder das VStival aus dem Jugendgemeinderat entstehen konnte“, fasst er spürbar zufrieden zusammen.

Licht an der Haltestelle und Pflaster

Dorfentwicklung Der Mühlhauser Bezirksbeirat will die Pflasterung des Göpelhausplatzes und beleuchtete Busstationen.

Mühlhausen. Diese Woche nahm Oberbürgermeister Jürgen Roth erstmals an einer Sitzung des Bezirksbeirats von Mühlhausen teil. Er will der Tradition seiner Vorgänger folgen, die Beiratssitzungen in Mühlhausen möglichst selbst zu leiten. Karlheinz Wiehl, stellvertretender Bezirksbeiratvorsitzender, machte Roth bei dessen Begrüßung die persönliche Leitung der Sitzungen in Mühlhausen schmackhaft. Er sprach von einem Dorf voller Schönheit und gab einen kurzen Überblick über das, was die Bezirksbeiräte zuletzt bewegt hat und wo sie, wie zum Beispiel bei der Verkehrsberuhigung, weiterkommen möchten.

Freundeskreis lehnte ab

Mit der Frage nach der Befestigung des Göpelhausplatzes, der als künftiger Veranstaltungsort für den Bauernmarkt angedacht ist, galt es gleich in der ersten Sitzung eine erhebliche Hürde zu nehmen. Das Pflastern werde deutlich teurer als geplant, informierte Claudia Bogdanski von der Stadtverwaltung. Sie nannte den Betrag von 42.000 Euro für das durchgängige Pflastern. Immer noch 36.000 Euro sind es, wenn es im Platzzentrum beim Sandboden bleibt. Er habe vom Freundeskreis Dorf Mühlhausen auf die Frage nach einer Kostenbeteiligung von 6.000 Euro einen ablehnenden Bescheid bekommen, ließ Andreas Kohler wissen. Das Gremium war sich trotzdem darin einig, keine halbe Sache zu machen. Woher aber die Mittel nehmen, wenn derzeit nur 22.000 Euro dafür in den Haus-



Karlheinz Wiehl begrüßte Oberbürgermeister Jürgen Roth (rechts) in dessen ersten Sitzung des Bezirksbeirats von Mühlhausen. Foto: Ulrich Schlenker

halt eingestellt sind? Schließlich kam der Gedanke auf das Sondervermögen, das Mühlhausen aus dem Eingemeindungsvertrag nach dem damaligen Verkauf von EnBW-Aktien noch zusteht. Der restliche Finanzbedarf soll nun darüber gedeckt werden. Einschließlich der auf 2000 Euro geschätzten Elektrik wird die einstimmig beschlossene komplette Befestigung des Göpelhausplatzes etwa 44.000 Euro kosten.

Beispiel für weitere Haltestellen

Etwas kosten lassen will sich der Bezirksbeirat auch die Ausleuchtung der dunklen Bushaltestelle Dorfmitte. Dort läuft zwar derzeit noch die Prüfung durch die Stadtwerke Villingen-Schwenningen, ob an der Straßenbeleuchtung auf Verkehrsinsel Doppelausleger angebracht werden können, welche auch Licht in das Dunkel der Haltestelle bringen können. Gegebenfalls will das Gremium eigene Haushaltsmittel in Höhe von ungefähr 2500 Euro in die Hand nehmen, um schon 2019 mit einer auf einer diebstahlsicheren Säule angebrachten Solarlampe für Helligkeit zu sorgen. Die von Thorsten Bartmann vorgestellte Beleuchtung könnte Beispiel für weitere Bushaltestellen werden. Die Mittel hierfür wären für den Haushalt 2020 anzumelden. us

Lösung für überschwemmten Wanderweg gesucht

Natur Der Bezirksbeirat von Mühlhausen möchte die Begehbarkeit des Fußpfads entlang der Teichbiotope verbessern. Ein Ortstermin mit der zuständigen Behörde soll klären, ob das möglich ist.

Mühlhausen. Wer als Spaziergänger vom Wanderparkplatz am Mühlhauser Ortsausgang in Richtung Weigheim nach etlichen Metern rechts auf den kleinen Pfad zu den Flachwasserteichen einschwenkt, der stößt allzu oft auf das Problem nasser Füße oder zumindest matschiger Schuhe. Der Bezirksbeirat will den Weg ganzjährig nutzbar machen.

Weil er in einem Naturschutzgebiet liegt, wo zudem der Biber lebt, soll nun bei einem Ortstermin zusammen mit dem Regierungspräsidium Freiburg geklärt werden, ob ein Steg bis zur kleinen Brücke zulässig ist.

Vorschlag: Brücke versetzen

Alexander Meister vom städtischen Amt für Wasserwirtschaft und Breitband präsentierte dem Gremium zunächst einen Vorschlag mit geringerem Eingriff in

die Natur, den er schon mit der Freiburger Behörde und der Biberbeauftragten abgestimmt hatte. Dieser sah eine leichte



Eine bessere Begehbarkeit des häufig überschwemmten Wanderpfads im Bereich der Teichbiotope wird vom Bezirksbeirat Mühlhausen angestrebt. Foto: Ulrich Schlenker

Versetzung der Brücke und eine neue schlängelnde Wegführung zu ihr vor. „Sinnvoll wäre doch ein Steg bis zur Brücke“, hielt

Karlheinz Wiehl dagegen. Man könne den Weg lassen und den Zugang zur Brücke mit einem etwa 20 Meter langen Gitterrost befestigen, schlug Andreas Kohler mit Blick auf die gute Begehbarkeit auch für ältere Leute in die gleiche Kerbe. Weil dadurch der naturnahe Weg geändert werde, sei ein längeres Verfahren mit der Naturschutzbehörde zu befürchten, gab Meister zu bedenken.

Gespräch steht an

Armin Schott von der Stabstelle Umweltentwicklung empfahl, bei einem Ortstermin mit dem Regierungspräsidium das Gespräch zu suchen. Dann könne man die Machbarkeit einschätzen, pflichtete Oberbürgermeister Jürgen Roth bei.

Man müsse sich ja nicht von vorne herein auf das Material für den befestigten Zugang zur Brü-